

# Wohnungsbau ist und bleibt das große Thema

## Bunte Koalition stellt Investitionsprogramm vor – Kosten für Flüchtlinge nicht abschätzbar

Regensburg. Voll des gegenseitigen Lobes für die "harmonische Zusammenarbeit" in einer „festen Beziehung“ stellten am Montagmorgen Vertreter der Stadtratskoalition von SPD, Grünen, Freien Wählern und Piraten das geplante städtische Investitionsprogramm für die Jahre 2015 bis 2019 vor. Horst Meierhofer von der FDP ließ sich berufsbedingt entschuldigen, teilte aber schriftlich mit, dass er voll hinter den geplanten Ausgaben von rund 575 Millionen Euro stehe. Das Geld, das in Wohnungsbau, Bildung und Infrastruktur fließt, schaffe die Voraussetzung für die weitere Prosperität der Stadt.

Im Großen und Ganzen setzt die neue Regierung den Kurs der alten fort. Dank sprudelnder Steuererhöhungen sollen gleichzeitig Schulden getilgt und große Infrastrukturprojekte weiter vorangetrieben werden. Mit 575,6 Millionen Euro liege man etwas über dem letztjährigen Programm (571 Mio.), erklärte der SPD-Fraktionsvorsitzende Norbert Hartl. Von den fünf Millionen Euro an zusätzlichen Ausgaben schlägt etwa die neue Synagoge mit einem städtischen Kostenanteil von derzeit gut 1,6 Millionen zu Buche. Allerdings seien die Steuereinnahmen „zumindest bis 2017 stabil“, merkte Hartl an, so dass man trotz höherer Ausgaben auf eine Schuldentilgung von rund 15 Millionen hoffe.

### Vorübergehend viel neues Personal

Mehrkosten verursachten etwa das Personalprogramm der Stadt; allein für die gesetzlich notwendige Kinder- und Ganztagsbetreuung seien rund 60 neue Stellen geschaffen worden. Einen weiteren großen Posten stellen die zusätzlichen Kräfte in der Stadtplanung dar, die



Norbert Hartl, Maria Simon und Tina Lorenz sowie Ludwig Artinger.

(Foto: nop)

notwendig sind, um die Fülle städtischer Bau- und Planungsvorhaben abzuwickeln. Der Zuwachs an Beschäftigten sei außerdem nur ein Übergang, denn bis etwa 2020 würden rund 600 städtische Beschäftigte in den Ruhestand gehen. „Da müssen wir frühzeitig anfangen, neue Leute zu gewinnen“, erklärte Hartl.

Was den Wohnungsbau angeht, bemerkte Hartl, dass mittlerweile die großen Stadtteil-Neubauprojekte wie das ehemalige Südzucker- oder Nibelungenareal, der Mittlere Westen oder Burgweintig-Nordwest allesamt weit fortgeschritten seien. „Da werden sehr viele Wohnungen in den kommenden zwei Jahren fertig.“ Allerdings seien weitere Anstrengungen nötig; insbesondere die Stadtbau solle „bauen, was geht“. Um die Eigenkapitaldecke der städtischen Tochter zu stärken, sollen

daher sämtliche Erbpachtgrundstücke im Stadtgebiet an die Stadtbau überschrieben werden. Zwar würden dadurch keine wirklichen Summen bewegt, wertmäßig handle es sich dennoch um Investitionen, „um die Mietpreise zu deckeln“. Außerdem sollen keine größeren Bauvorhaben mehr ohne einen Anteil von 20 Prozent sozialen Wohnungsbaus genehmigt werden.

### Kosten für Flüchtlinge unbekannt

Die Kosten für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen wollten weder Hartl noch die anderen Anwesenden genau beziffern. Die Stadt investiert derzeit unter anderem in das Jugendschutzhaus Michlstift, wo minderjährige Migranten in die Gesellschaft integriert werden sollen und in eine Contain-

nerunterkunft am Weinweg. Die Kosten dafür seien aber eher als Vorleistung der Kommune anzusehen, da noch gar nicht abzusehen sei, wie viel der Bund dazu beitragen werde. Hartl, der auch stellvertretender Bezirkstagspräsident der Oberpfalz ist, ließ durchblicken, dass im dortigen Haushalt von einer Vervielfachung der bis jetzt eingestellten Mittel von 50 Millionen Euro ausgegangen werden müsse. FW-Fraktionschef Ludwig Artinger fand indes die allgemeine Zustimmung seiner Koalitionäre, als er die Kosten in Bezug zum Nutzen setzte: „Es ist unsere humanitäre Pflicht, dass wir das leisten, was wir können.“

### Koalitionspartner setzen Ziele durch

Maria Simon von den Grünen stellte in Vertretung der erkrankten Fraktionsvorsitzenden Margit Kunc zwei ökologische Investitionsmaßnahmen vor: Mit jeweils 250.000 Euro fördert die Stadt demnach Taxiunternehmen, die sich neue Elektrofahrzeuge anschaffen und Hausbesitzer oder Mieter, die ihre Wohnungen energetisch sanieren, beziehungsweise Kosten einsparen wollen – zusätzlich zu staatlichen Förderprogrammen.

Ludwig Artinger verwies auf die Investitionen in die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Neben 24-Stunden-Kitas seien auch neue Schulen wichtig, wie etwa die fünfzügige inklusive Kreuzschule am ehemaligen Jahnstadion, die wiederum Platz für eine neue Realschule am Judenstein in der Altstadt schaffen werde. 130 Millionen Euro sind für diese und weitere Maßnahmen bis 2019 geplant. Rund 15 Millionen Euro werden in den Ausbau des Radwegenetzes investiert, unter anderem auch hinaus bis Grünthal und Brandlberg.

Tina Lorenz von den Piraten freute sich besonders über die Aufnahme von besseren EDV-Ausstattungen an städtischen Schulen ins Investitionsprogramm. Vor allem von digitalen Schultafeln erwarte sie sich große Vorteile für die Schüler. Außerdem würden rund 900.000 Euro zu den Bund- und Länderprogrammen für den Breitbandausbau in abgelegenen Stadtteilen verwendet.

-nop-